

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung

Sitzung: Mittwoch, 07.06.2023

Ort: Regionalgeschäftsstelle der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Ludwig-Winter-Straße 9,
38120 Braunschweig

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:51 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Ratsherr Köster

Mitglieder

Ratsherr Disterheft

Ratsherr Bader

Ratsherr Graffstedt

Ratsfrau Hahn

Vertretung für: Herrn Bastian
Swalve

Ratsfrau Jalyschko

Vertretung für: Frau Sabine Kluth

Ratsherr Jonas

Ratsherr Dr. Plinke

Ratsherr Bratschke

Ratsherr Pohler

Ratsherr Sommerfeld

weitere Mitglieder

Ratsfrau Arning

Vertretung für: Frau Sabine
Bartsch

Ratsherr Lehmann

Ratsherr Wirtz

sachkundige Bürger

Frau Barluschke

Herr Grabenhorst

Frau Gries

Herr Nordheim

Herr Parkitny

Herr Schönbach

Verwaltung

Erster Stadtrat Geiger

Stadtrat Dr. Pollmann
Leitender Branddirektor Malchau
Städtischer Leitender Direktor Dr. Köhler
Branddirektor Damm
Städtische Rätin Facius

Protokollführung

Stadtamtmann Kösters
Stadtoberinspektor Trabe

Abwesend

Mitglieder

Ratsherr Swalve	entschuldigt
Ratsfrau Kluth	entschuldigt

weitere Mitglieder

Ratsfrau Bartsch	entschuldigt
Ratsfrau Hillner	entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Kornhaas	entschuldigt
---------------	--------------

Verwaltung

Brandoberrat Dr. Stumpf	entschuldigt
Branddirektorin Mönch-Tegeder	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.03.2023 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Vorstellung des Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. | |
| 4 | Pilotprojekt "Ausrückung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam" (AiPP):
Abschlussbericht und Überführung in Regelbetrieb | 23-21510 |
| 5 | Befugnisse zur Verkehrsregelung bei gemeindlichen Veranstaltungen durch die Feuerwehr | 23-21100 |
| 6 | Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS) | 23-21521 |
| 6.1 | Änderungsantrag: Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS)
Änderungsantrag zur Vorlage 23-21521 | 23-21521-01 |
| 7 | Anfragen | |
| 7.1 | Sachstand: Erstellung eines Katastrophenschutzkonzepts für die Stadt Braunschweig | 23-20983 |

7.1.1	Sachstand: Erstellung eines Katastrophenschutzkonzepts für die Stadt Braunschweig	23-20983-01
7.2	Brodweg - Auswirkungen einer möglichen Vollsperrung auf Feuerwehr und Polizei	23-21483
7.2.1	Brodweg - Auswirkungen einer möglichen Vollsperrung auf Feuerwehr und Polizei	23-21483-01
7.3	Sicherstellung der durchgehenden ärztlichen Versorgung im Zuge des Kooperationsvertrags zur Ausnüchterung intoxikierter Personen in Polizeigewahrsam	23-21485
7.3.1	Sicherstellung der durchgehenden ärztlichen Versorgung im Zuge des Kooperationsvertrags zur Ausnüchterung intoxikierter Personen in Polizeigewahrsam	23-21485-01
7.4	Rettungsdienst in der Stadt Braunschweig	23-20984
7.4.1	Rettungsdienst in der Stadt Braunschweig	23-20984-01
7.5	Projekt SIRENE: "Grüne Welle" für Einsatzkräfte	23-21458
7.5.1	Projekt SIRENE: "Grüne Welle" für Einsatzkräfte	23-21458-01
7.6	Anerkennung langjähriger Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig	23-21461
7.6.1	Anerkennung langjähriger Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig	23-21461-01
8	Präsentation besonderer Einsätze	

Nichtöffentlicher Teil:

- 9 Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
- 10 Mitteilungen
- 11 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Die vorliegende Tagesordnung wird mit der Maßgabe beschlossen, TOP 7.3 zusammen mit TOP 4 zu behandeln. Herr Köster dankt der Verwaltung für die Organisation der Sitzung bei der JUH. Zu Beginn der Sitzung wird eine Schweigeminute für den verstorbenen Kollegen der Berufsfeuerwehr abgehalten.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.03.2023

Beschluss:

"Das Protokoll wird genehmigt."

Abstimmungsergebnis:

Ja: 10 Nein: 0 Enth.: 0

3. Mitteilungen

3.1. Vorstellung des Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.

Für die JUH stellt Herr Kaspersinski kurz die Arbeit und die Aufgaben der JUH im Regelrettungsdienst, im erweiterten Rettungsdienst und im Bevölkerungsschutz dar. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

3.2. Mündliche Mitteilung zur Eröffnung der Stadtwache

Stadtrat Dr. Pollmann avisiert die Eröffnung der geplanten Stadtwache unter den Rathauskolonnaden für den morgigen Tag.

3.3. Mündliche Mitteilung zum Feuerwehrbedarfsplan

Ltd. Branddirektor Malchau berichtet über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans: Erste Gespräche zur Einsatzkräfteverfügbarkeitsanalyse hätten stattgefunden. Derzeit laufe die Risikobewertung für das Stadtgebiet. Ausschussvorsitzender Köster bittet zu einer der nächsten Sitzungen um Auflistung des Abarbeitungsstandes des alten Feuerwehrbedarfsplans. Dies wird von der Verwaltung aufgenommen.

4. Pilotprojekt "Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam" (AiPP): Abschlussbericht und Überführung in Regelbetrieb

23-21510

Ausschussvorsitzender Köster begrüßt zu diesem TOP Frau Stöter (SKBS) und Herrn Bodendiek (PI Braunschweig) und berichtet von anfänglichen Bedenken zu Beginn des Projektes. Bereits im Zwischenbericht habe sich jedoch eine positive Tendenz abgebildet, die mit dem jetzt vorliegenden Abschlussbericht bestätigt worden sei. Er erklärt eine Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung für seine Fraktion.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Sommerfeld, ob sämtliche AIPP-Patienten auch erkenntnisdienlich behandelt werden (so die Berichte einzelner Mitarbeitender des Rettungsdienstes), wird dies entschieden durch Herrn Bodendiek verneint. Zu den anfänglichen Problemen der Stellung ärztlichen Personals teilt Frau Stöter mit, dass die positiven Berichte der im AIPP tätigen Ärzte dazu beigetragen hätten, dass das Interesse für diese Aufgaben bei den Ärzten gewachsen sei.

Während der Sitzung wird wiederholt der jüngst eingetretene Todesfall im Polizeigewahrsam thematisiert. Hierzu wird von der Verwaltung, wie auch der Polizei, mehrfach betont, dass dieser Fall unabhängig vom AIPP zu betrachten sei.

Ratsfrau Jalyschko wünscht sich eine vorherige Behandlung im AfSG, um auch die Perspektive der Betroffenen zu betrachten und die in diesem Zusammenhang beteiligten Beratungs- und Hilfsstellen einzubeziehen. Hierzu teilt Herr Geiger mit, dass bei einer vorherigen Behandlung im AfSG eine unterbrechungsfreie Fortführung des Projektes nicht (mehr) möglich sei. Allerdings wäre es auch nach Fortsetzung des Projektes jederzeit möglich, Anfragen durch die Politik einbringen zu lassen und Dinge anzupassen resp. zu optimieren.

Ausschussvorsitzender Köster fasst abschließend zusammen, dass etwaige Fragestellungen zu dem Projekt bis zur Behandlung im VA und Rat bei der Verwaltung eingereicht werden könnten.

Beschluss:

1. Der unter II. vorgestellte Abschlussbericht zum Projekt „Ausnüchterung intoxikierter Personen im Polizeigewahrsam“ (AiPP) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Das Projekt wird ab dem 1. September 2023 in den Regelbetrieb überführt. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 Euro stehen im Doppelhaushalt 2023/2024 vorsorglich zur Verfügung.
3. Ab dem Jahr 2025ff. soll eine entsprechende Kostenvereinbarung zwischen den Beteiligten Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH, Polizeidirektion Braunschweig und Feuerwehr Braunschweig abgestimmt werden.
4. Die Personalorganisation für das Projekt obliegt ab dem 1. September 2023 der Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig gGmbH. Die übrigen Beteiligten unterstützen im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7 Nein: 1 Enth.: 3

5. Befugnisse zur Verkehrsregelung bei gemeindlichen Veranstaltungen durch die Feuerwehr

23-21100

Ltd. Branddirektor Malchau stellt die Vorlage vor, die ursprünglich bereits für die letzte Gremienfolge vorgesehen war. Es soll die rechtliche Basis geschaffen werden, dass die Feuerwehr gemeindliche Veranstaltungen absichern und verkehrsregelnde Maßnahmen ausführen darf, sofern keine ausreichenden Polizeikräfte zur Verfügung ständen. Er skizziert das Verfahren wie folgt: Veranstalter meldet Veranstaltung beim Fachbereich Verkehr an und beantragt eine Sondernutzungserlaubnis -> die Polizei wird einbezogen und es erfolgt eine Abstimmung bzgl. Absicherungsmöglichkeit -> sollte dies nicht möglich sein, kann der jeweilige Ortsbrandmeister durch den Veranstalter um Unterstützung gebeten werden.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzenden Köster, inwieweit Verkehrsabsicherung/-regelung Teil der Ausbildung der Freiwilligen Feuerwehr sei und wie die Haftung geregelt sei, teilt Herr Malchau mit, dass bereits jetzt die Absicherung Teil der Ausbildung sei, jedoch bei Bedarf auch die Möglichkeit einer Schulung bestünde. Sofern kein grob fahrlässiges oder vorsätzliches Verhalten erkennbar sei, würde der Kommunale Schadensausgleich in die Haftung eintreten.

Stadtbrandmeister Schönbach teilt mit, dass er der zu treffenden Regelung positiv gegenüber stehe. Auf die Nachfrage von Rats Herrn Dr. Plinke nach Gewaltbereitschaft von Teilnehmenden teilt er mit, dass in dieser Hinsicht bislang keine derartigen Erfahrungen gemacht worden seien, der Ortsbrandmeister im Vorfeld aber immer selber entscheiden könne, ob die Ortsfeuerwehr die Veranstaltung begleitet.

Hinsichtlich der Kostenfrage teilt Herr Malchau mit, dass für derartige Veranstaltungen keine Rechtsgrundlage der Kostenerhebung bestehe.

Rats Herr Disterheft bittet um Klärung der Kommunikationsform gegenüber der Bevölkerung, der Erarbeitung eines Schulungskonzeptes, der Prüfung der Berufung der Ortsbrandmeister zu Vollzugsbeamten und der Möglichkeit, festgestellte Verstöße auf den richtigen Meldeweg zu bringen. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Beschluss:

Abweichend von § 36 Abs. 1 und § 44 Abs. 2 S. 1 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) werden die Befugnisse für die Verkehrsregelung zur Sicherung von gemeindlichen Veranstaltungen gemäß § 2 Abs. 6 Nds. Brandschutzgesetz (NBrandSchG) fortan der Feuerwehr Braunschweig übertragen, soweit hierfür Polizeivollzugskräfte nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung stehen und die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 NBrandSchG nicht gefährdet wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

Stadtrat Dr. Pollmann bringt die Vorlage ein und fasst zusammen, dass der Hauptaspekt für die Schaffung einer einheitlichen Regelung die Lärmproblematik in den städtischen Grünanlagen sei. Ziel müsse sein, hier insoweit einen Interessensausgleich zwischen allen Beteiligten zu schaffen. Mit der Regelung verfolgt werden soll indes keinesfalls das Ziel, die Feiernden aus den Parks zu vertreiben.

Ratsherr Sommerfeld bringt gleichsam seinen Änderungsantrag ein. Ob der Rücknahme der Ursprungsvorlage im letzten Gremienlauf hätte seine Fraktion nicht damit gerechnet, dass die geänderte Vorlage noch vor der Sommerpause behandelt werde. Aus seiner Sicht könnten nicht alle städtischen Grünflächen gleich behandelt, sondern müssten jeweils einzeln betrachtet werden.

Ratsfrau Arning verweist auf die kürzlich durchgeführte Demonstration der Jugendlichen und plädiert für eine andere Lösung.

Ratsfrau Jalyschko hält die Vorlage für kritisch. Es entstehe der Eindruck, dass das Aufhalten und Feiern im Park empfindlich eingeschränkt werden solle. Sie spricht sich dafür aus, die Stimmung der Bevölkerung aufzunehmen. Herr Dr. Pollmann teilt hierzu mit, dass die Verwaltung nunmehr einen Vorschlag vorgelegt habe und es Aufgabe der Politik sei, Änderungsvorschläge zu formulieren. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Regelung ähnlich zu bestehenden Regelungen anderer Städte vorgesehen sei.

Herr Bodendiek teilt mit, dass der Polizei nicht daran gelegen sei, auf Basis der vorgeschlagenen Satzung nunmehr verstärkt und häufiger die städtischen Grünanlagen zu kontrollieren. Vor dem Hintergrund der sonstigen Aufgaben der Polizei sei dies auch gar nicht möglich. Jedoch findet bereits jetzt ein differenziertes Vorgehen im Sinne der Verhältnismäßigkeit statt. Derzeit werde als Rechtsgrundlage § 117 OWiG genutzt. Aufgrund einer Vielzahl von unbestimmten Rechtsbegriffen wäre eine Regelung in Form einer Satzung jedoch präziser und klarer.

Mehrfach wird eingebracht, dass die vorgeschlagene Uhrzeit, ab welcher Musikabspielgeräte abzuschalten sind, noch diskutiert werden könnte. Ratsherr Disterheft schlägt vor, die vorliegende Satzung zunächst bis Ende des Jahres zu befristen, um die Erkenntnisse zu sammeln.

Ratsfrau Jalyschko bringt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Passierenlassen der Vorlage ein.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dr. Plinke, ob geplant sei, den ZOD verstärkt in den Parks kontrollieren zu lassen, wird mitgeteilt, dass der ZOD bereits jetzt regelmäßig kontrolliere. Die eigentliche Arbeit jedoch erst ab 22:00 Uhr losgehen würde und dann bei der Polizei läge. Der Schwerpunkt der Arbeit liege jedoch in den Nachtstunden ab 22:00 Uhr – und damit bei der Polizei, die „rund um die Uhr“ im Einsatz ist.

Zu dem Eindruck, dass die Jugendlichen in den Parks bereits jetzt und durch die Satzung über Gebühr eingeschränkt würden, teilt Ratsherr Graffstedt mit, dass die derzeitige Regelung im OWiG dazu geeignet sei, ein Fehlverhalten ahnden zu können, aber nicht zu müssen.

Abstimmungsergebnis (Passieren lassen):

Ja: 11 Nein: 0 Enth: 0

6.1. Änderungsantrag: Park- und Grünanlagensatzung der Stadt Braunschweig (PGS) Änderungsantrag zur Vorlage 23-21521

23-21521-01

Die Aussprache hierzu findet unter TOP 6 statt.

Abstimmungsergebnis (Passieren lassen):

Ja: 11 Nein: 0 Enth.: 0

7. Anfragen

7.1. Sachstand: Erstellung eines Katastrophenschutzkonzepts für die Stadt Braunschweig 23-20983

7.1.1. Sachstand: Erstellung eines Katastrophenschutzkonzepts für die Stadt Braunschweig 23-20983-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

7.2. Brodweg - Auswirkungen einer möglichen Vollsperrung auf Feuerwehr und Polizei 23-21483

7.2.1. Brodweg - Auswirkungen einer möglichen Vollsperrung auf Feuerwehr und Polizei 23-21483-01

Auf Nachfrage von Ratsherrn Dr. Plinke, ob auch versenkbare Poller denkbar seien (die Verwaltung war auf diese Frage nicht ausreichend eingegangen), wird dies durch Herrn Malchau prinzipiell bejaht. Auf weitere Nachfrage von Ratsherrn Disterheft bestätigt Herr Malchau, dass beim Einbau von versenkbaren Pollern sämtliche Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei mit einem entsprechenden Transponder ausgerüstet werden müssten.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

7.3. Sicherstellung der durchgehenden ärztlichen Versorgung im Zuge des Kooperationsvertrags zur Ausnüchterung intoxikierter Personen in Polizeigewahrsam 23-21485

7.3.1. Sicherstellung der durchgehenden ärztlichen Versorgung im Zuge des Kooperationsvertrags zur Ausnüchterung intoxikierter Personen in Polizeigewahrsam 23-21485-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

7.4. Rettungsdienst in der Stadt Braunschweig 23-20984

7.4.1. Rettungsdienst in der Stadt Braunschweig 23-20984-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

7.5. Projekt SIRENE: "Grüne Welle" für Einsatzkräfte 23-21458

7.5.1. Projekt SIRENE: "Grüne Welle" für Einsatzkräfte 23-21458-01

Es erfolgt die Nachfrage, ob weitere Fördermittel absehbar seien. Hierzu teilt die Verwaltung mit, dass bereits die Projekte SIRENE und GAIA-X gefördert würden. Zu Mitteln für eine etwaige Erweiterung sei derzeit noch nichts bekannt.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

- 7.6. Anerkennung langjähriger Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig 23-21461**
7.6.1. Anerkennung langjähriger Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig 23-21461-01

Ratsherr Disterheft bittet um Beantwortung, wie viele Kameradinnen und Kameraden seit Inkrafttreten der Satzung einen Anspruch auf Ehrung gehabt hätten. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

8. Präsentation besonderer Einsätze

Branddirektor Damm stellt folgende besonderen Einsätze seit der letzten Sitzung vor:

- 07.03.2023: Kind unter Straßenbahn
- 19.03.2023: Amtshilfe Bundespolizei bei Derby-Spiel
- 19.03.2023: Amtshilfe Polizei entflohenen Pferde
- 15.04.2023: Großübung Hochwasserschutz
- 15.04.2023: Häusliche Zwillingsgeburt
- 18.04.2023: Wohnhausbrand
- 19.04.2023: Brand bei Alba
- 27.04.2023: Tierrettung (Katze vom Baum)
- 18.05.2023: Brand bei Cederbaum
- 18.05.2023: Behandlungsplatz im Prinzenpark anlässlich Himmelfahrt
- 18.05.2023: Brand im Logistiktunnel am Hbf

Der Ausschussvorsitzende schließt um 17:51 Uhr die Sitzung.

Köster
Vorsitz

Geiger
Erster Stadtrat

Dr. Pollmann
Stadtrat

Kösters
Protokollführung